

# Es gibt Alternativen

Wie eine entschlossene deutsche Energiepolitik jetzt aussehen könnte VON OTTMAR EDENHOFER

Die Ereignisse in Japan, so beteuern Politiker und Experten, konnte sich niemand vorstellen. Diese Behauptung ist schlichter Unsinn. Diese Fehlwahrnehmung ist der Tatsache geschuldet, dass das Restrisiko der Nutzung der Kernenergie als gering eingestuft wurde. Tatsächlich verbleibt immer eine – wenn auch geringe – Wahrscheinlichkeit, dass Kernkraftwerke versagen. Wenn der Schaden jedoch ungewöhnlich hoch werden kann, ist auch das Restrisiko hoch. Das ist uns in Fukushima eindrucksvoll vorgeführt worden.

FORUM

OTTMAR EDENHOFER



ist einer der Vorsitzenden im Weltklimarat IPCC, der gerade einen Sonderbericht zu den erneuerbaren Energien erstellt. Der soll im Mai in Abu Dhabi verabschiedet werden

Daher bleibt die Frage, ob wir mit dem hohen Restrisiko der 443 Kernkraftwerke leben müssen und leben wollen, die weltweit 14 Prozent zur weltweiten Stromversorgung beitragen. Soll der Anteil der Kernenergie bis zum Jahr 2030 konstant gehalten werden, müssen bei einer prognostizierten Verdoppelung des Stromverbrauchs etwa 900 Reaktoren installiert sein. Dies würde bedeuten, dass nach den gängigen Risikoabschätzungen für Kernkraftwerke heutigen Typs etwa alle zwölf Jahre ein Reaktor einen schweren Störfall hätte.

Wir müssen damit nicht leben, wenn uns Alternativen mit geringeren Risiken zur Verfügung stehen. Diese Abwägung von Risiken wird aber in der Energie-debatte seit Jahren buchstäblich verweigert, weil sich alle Beteiligten immer schon auf bestimmte Vorschläge festgelegt haben, die angeblich alternativ- und risikolos sind.

Die im vergangenen Sommer in Deutschland beschlossene Laufzeitverlängerung zum Beispiel war keineswegs alternativlos. Es lag eine ganze Reihe von Studien vor, die gezeigt haben, dass eine Energiewende auch ohne Laufzeitverlängerung möglich ist. Aber eine Energiewende hat ihren Preis: Wir müssen dem technischen Fortschritt eine neue Richtung geben.

Wenn man gefährlichen Klimawandel vermeiden will, können bis zum Jahr 2050 noch etwa 750 Gigatonnen CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre abgelagert werden. Mehr nicht. Das bedeutet, dass ein Großteil der fossilen Ressourcen und Reserven im Boden bleiben muss. Diejenigen, die Kohle, Öl und Gas verbrennen wollen und damit die Atmosphäre als Depo-nie nutzen, müssen daher einen erheblichen Preis dafür bezahlen.

Dieser CO<sub>2</sub>-Preis würde dem technischen Fortschritt eine neue Richtung geben: Energieeffizienz würde ein Geschäft, und vor allem die erneuerbaren Energien würden wettbewerbsfähig.

So zeigen Studien, dass man zu geringen Mehrkosten global auf den Neubau von Kernkraftwerken verzichten könnte, ohne die Klimaschutzziele und die Energiesicherheit zu gefährden. Die Vermeidungskosten würden sich von etwa 0,6 Prozent des Weltsozialprodukts auf etwa 0,7 Prozent steigern.

Aber auch dieser Weg ist nicht risikolos: Die Steigerung der Energieeffizienz könnte

verpuffen, weil sie – wie in der Vergangenheit – zu einem höheren Energieverbrauch führen könnte. Wenn die CCS-Technik für die Abscheidung von CO<sub>2</sub> aus der Kohle mittelfristig nicht zur Verfügung steht, könnte ambitionierter Klimaschutz auf internationaler Ebene sehr teuer werden.

Zuvorderst muss der Anteil der erneuerbaren Energien drastisch erhöht werden. Genau hier liegt allerdings das Problem: Es gibt große Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten darüber, wie der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien genau zu bewerkstelligen ist.

Für Deutschland hat die Kanzlerin nun eine Ethikkommission mit Vertretern aus Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft eingerichtet. Diese Kommission soll über den Ausstieg aus der Kernenergie und den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien nachdenken. Dass diese Runde vor allem wahltaktischen Überlegungen geschuldet ist, zeigt sich schon daran, dass die Kommission innerhalb von nur drei Monaten ihre Arbeit erledigen soll.

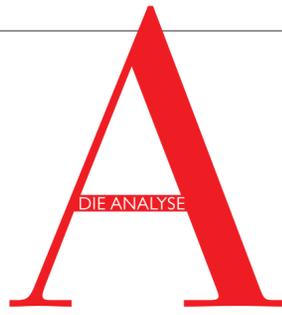
Die Kommission wird vor allem eines nicht leisten können, was jetzt dringend geboten wäre: die relevanten Fakten zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Beispielsweise halten viele Ingenieure die Szenarien zum europäischen Netzausbau für zu optimistisch. Die vom Bundeswirtschaftsminister eingesetzte Plattform für zukunftsfähige Netze beschäftigt sich zwar mit der Frage, wie der Netzausbau forciert werden kann.

Nur, den Bedarf an Netzen kann man ausschließlich dann ermitteln, wenn nicht bloß der Stromsektor isoliert betrachtet wird, sondern wenn zugleich die Rolle der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt und Transportsektor geklärt wird.

Wir brauchen endlich eine Landkarte, die zeigt, welche verschiedenen Wege zu einer nachhaltigen Energieversorgung beschritten werden können. Wer je an der Erstellung solcher Landkarten zum Ausbau der erneuerbaren Energien auf internationaler Ebene beteiligt war, weiß, wie dünn die Faktenlage derzeit noch ist.

Wie schnell Deutschland aus der Kernenergie aussteigen kann, lässt sich insgesamt nur klären, wenn man akzeptiert, dass die Teilprobleme nicht isoliert bearbeitet werden können, ohne zu gravierenden Fehlurteilen zu kommen. Die parallel arbeitenden Gremien, die die Bundesregierung eingesetzt hat, werden daher diese Landkarten nicht erstellen. Diesen Runden fehlt das Mandat, das fragmentierte Wissen so zusammenzuführen, dass die Politik und die Gesellschaft überhaupt entscheidungsfähig werden.

Die Bundeskanzlerin könnte die politische Krise nach den Landtagswahlen nutzen, um eine mutige Diskussion um eine Neuausrichtung der Energiepolitik zu beginnen.



# Zumwinkels Ruhe

Der ehemalige Aufsichtsratschef der Telekom will dem Konzern eine Viertelmillion Euro zahlen VON MARCUS ROHWETTER

Die Deutsche Telekom bereitet das juristische Ende der Spitzelaffäre vor. Am vergangenen Freitag veröffentlichte der Bonner Konzern die Einzelheiten zum geplanten Vergleich mit dem früheren Vorstandschef Kai-Uwe Ricke und dem ehemaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Klaus Zumwinkel. Auf der Hauptversammlung am 12. Mai müssen die Aktionäre darüber abstimmen, ob die Telekom darauf verzichtet, von beiden je eine knappe Million Euro Schadensersatz zu fordern.

Die amtierenden Konzernlenker glauben nämlich, dass Ricke und Zumwinkel in den Jahren 2005 und 2006 ihre Sorgfaltspflichten verletzt haben – was die beiden bestreiten. Zu den Amtszeiten der Manager ließ die Sicherheitsabteilung der Telekom Dutzende Mitarbeiter, Gewerkschafter und Betriebsräte bespitzeln, um herauszufinden, wer Interna an die Presse gab. Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen Ricke und Zumwinkel waren im vergangenen Sommer mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden. Stimmen die Aktionäre nun dem Vergleich zu, endet auch die zivilrechtliche Aufarbeitung des wohl größten Überwachungskandals der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Der Inhalt des Vergleichs erlaubt tiefe Einsichten in die Gepflogenheiten der Managerhaftung. Im Wesentlichen sollen Ricke und Zumwinkel jeweils 600 000 Euro bezahlen. Davon wird die Managerhaftpflichtversicherung in beiden Fällen 350 000 Euro übernehmen, jeweils 250 000 Euro wollen Ricke und Zumwinkel selbst tragen.

Der Vergleichstext verrät, dass die Zahlungen kein Eingeständnis von Verantwortung bedeuten

sollen – die Manager beteuern also ausdrücklich, nicht rechtswidrig gehandelt zu haben. Man wolle nur eine wirtschaftlich vernünftige Lösung finden, um lange Schlammschlachten vor Gericht zu vermeiden. Anders gesagt ist die Summe also kein Gradmesser für die Schuld, sondern für das ökonomische Interesse aller Beteiligten, die Sache endgültig ruhen zu lassen. Interessant ist, dass die Versicherungen mitspielen. Was bleibt, ist jeweils eine Viertelmillion »Selbstbehalt«: Das ist der Preis des Friedens.

Dieser Preis ist für beide Manager gleich hoch. Doch womöglich liegt ausgerechnet in dieser Gleichheit eine große Ungleichheit. Man kann den Text nämlich auch so lesen, dass Zumwinkel einen höheren Preis zu zahlen bereit ist als Ricke.

Es ist normal, dass für Spitzenmanager Haftpflichtversicherungen abgeschlossen werden. Ebenso normal ist aber auch, dass diese keinen Vollkaskoschutz gewähren sollen. Im Jahre 2005, also dem ersten Jahr der Spitzelaffäre, legte eine Regierungskommission im Deutschen Corporate Governance Kodex fest, dass bei Versicherungen für Vorstände und Aufsichtsräte ein »angemessener Selbstbehalt« vorgesehen werden soll. Auch die Telekom hat sich damals diesem Kodex unterworfen.

Was aber bedeutet »angemessen«? Und wie trägt man dabei dem Umstand Rechnung, dass ein Vorstandschaft weitaus mehr Verantwortung für die Unternehmensgeschichte trägt als ein Aufsichtsrat, der lediglich kontrolliert? Damals war die Angemessenheit nur ein vager Rechtsbegriff. Erst mit der Überarbeitung des Kodex 2009 – da waren Ricke und Zumwinkel schon nicht mehr bei der Telekom

– kam eine konkrete Regelung. Was für Vorstände zwischenzeitlich gesetzlich vorgeschrieben wurde, empfahl der Kodex nun auch für Aufsichtsräte: Erstens sollen sie mindestens zehn Prozent des Schadens als »Selbstbehalt« tragen. Zweitens soll dieser Betrag auf nicht weniger als das 1,5-Fache der »festen jährlichen Vergütung« gedeckelt werden. Was »angemessen« ist, sollte also auch mit der Höhe der Bezüge korrespondieren: Wer mehr verdient, der zahlt gegebenenfalls auch mehr.

Bei Ricke und Zumwinkel fielen die Festbezüge in den Jahren 2005 und 2006 höchst unterschiedlich aus: Ricke bekam 2,3 Millionen Euro, Zumwinkel nur 149 000 Euro. Und so mag es zwar sein, dass beide im vorliegenden Vergleichsvorschlag nominal die gleiche Summe als Selbstbehalt tragen sollen. Relativ zu den Bezügen würde Zumwinkel aber einen weitaus höheren Preis bezahlen. Führt man sich vor Augen, dass seine Rolle in der Spitzelaffäre besonders umstritten war, kann man sich schon fragen, warum er sich die Ruhe so viel kosten lässt.

Zugegeben: Die Rechnung ist nicht ganz fair. Juristisch gesehen sind Zahlungen im Wege des Vergleichs eben keine Schadensersatzzahlungen, weswegen man den Kodex eigentlich nicht als Maßstab heranziehen darf. Ökonomisch gesehen kann es sich aber schon lohnen, die von Ricke und Zumwinkel freiwillig angebotenen Summen nicht nur nominal, sondern auch relativ zu betrachten. Ein Unbehagen bleibt in jedem Fall. Zumind. bis zur Hauptversammlung: Tagesordnungspunkte 26 und 27.

www.zeit.de/audio

# Kein Frieden – kein Wachstum

Zu Recht fordert die Weltbank, dass Entwicklungspolitiker helfen, Bürgerkriege zu vermeiden VON CHRISTIANE GREFE

Im wichtigsten Kakaoexportland der Welt herrscht Bürgerkrieg. Die Menschen in der Elfenbeinküste erleiden derzeit einen blutigen Machtkampf mit entsetzlichen Folgen für die Zivilbevölkerung. Man muss es wohl so sagen: Das Geschäft mit dem Kakaoexport allein ist kein Weg in den Wohlstand. Schon vor der Gewalteskalation war fast die Hälfte der Bewohner in Armut versunken und wurde regiert von einer maroden Verwaltung.

Die Elfenbeinküste zeigt damit erneut, was Entwicklungsexperten schon lange wissen und was eigentlich auch selbstverständlich erscheint: Krieg und Unterentwicklung sind eng miteinander verwoben. Schon der Ökonom Paul Collier sah »die unterste Milliarde« in der Falle von Ressourcenkonflikten, schlechter Regierungsführung

oder ihrer geografischen Lage zwischen Krisenländern gefangen. In der Entwicklungspolitik spielte das aber nicht immer eine Rolle. Deshalb ist es begrüßenswert, wenn die Weltbank ihren diesjährigen Weltentwicklungsbericht genau diesem Zusammenhang widmet: »Konflikte, Sicherheit und Entwicklung«. Kom-mende Woche stellen ihre Experten in Washington Lösungsansätze vor. Was kann Entwicklungspolitik in Staaten bewirken, die von wiederkehrenden Bürgerkriegen, Organisiertem Verbrechen und politischen Revolten zerrissen sind?

Ihre Bilanz der internationalen Politik ist ernüchternd. Obwohl Interventionen in vielen Ländern Kriege beenden konnten, ist rund ein Viertel der Menschheit weiter von Gewalt bedroht und damit von Not. Zwar lebt die große Mehrheit der Armen in Schwellenländern wie China und Indien. Doch die geringste Chance, diesem Schicksal zu entkommen, hat man in Haiti, im Kongo oder in Sierra Leone, in Afghanistan oder Usbekistan. Dort ist das Risiko, Hunger zu leiden oder ein Kind zu verlieren, doppelt so hoch wie in anderen Entwicklungsländern. Keiner der fragilen Staaten hat eines der acht Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen erreicht. Deshalb fordern viele Experten, die internationalen Geber sollten dort mehr tun.

Dringlich ist das, aber auch sehr schwierig. Nicht erst die Intervention in Afghanistan hat gezeigt, wie Entwicklungshilfe, die von außen kommt, von korrupten oder kriminellen Gruppen im Lande instrumentalisiert wird. Manche Nichtregierungsorganisationen warnen davor, die Entwicklungspolitik allzu dicht an der Seite der Außenpolitiker und Militärs zu leisten. Auch im Weltentwicklungsbericht wird betont, dass die Bank ihr Mandat nicht überschreiten, sondern die Wirkung ihrer Eingriffe in Krisenregionen verbessern wolle. Dazu hat das Forscherteam Er-

fahrungen von Ländern wie Ghana und Mosambik ausgewertet, in denen es Fortschritte gibt.

Man kann aus all dem etwas lernen. Das meiste klingt nicht neu, ist aber trotzdem richtig: Stabile demokratische Institutionen sind aufzubauen, einschließlich der Polizei. Man muss der Zivilgesellschaft Rückhalt geben, die Korruption bekämpfen, Verständigungsprozesse in den Gemeinden staatlich organisieren und bei all dem die Frauen einbeziehen. Das ist in der Praxis nicht leicht. Die Geber müssen in fragilen Staaten risikobereiter arbeiten. Sie müssen Rückschläge einstecken können und viel Geduld mitbringen.

In der jüngeren Zeit ist auch ein vielversprechender neuer Ansatz entdeckt worden: Es zahlt sich offenbar aus, wenn der Staat einbezogen wird und viel Geld in arbeitsintensive Entwicklungsprogramme steckt. Dann finden die Menschen Jobs. Das ist eine Antwort auf das Problem, dass kriminelle Banden oder gewalttätige Rebellen überall Männer rekrutieren, die weder Jobs noch Perspektiven haben. Bisher hatte die Weltbank bei ihren Förderstrategien häufig allein auf Wachstumsraten geschaut, kaum aber auf deren Beschäftigungswirkung – und dabei Krisen wie in Nordafrika mit geschaffen.

Der bevorstehende Weltbankbericht enthält auch die Ermahnung, dass interne Spannungen oft durch Einflüsse von außen verstärkt werden. Wenn sich zum Beispiel immer öfter Investoren aus den reichen Staaten wertvollen Boden oder andere Ressourcen in armen Ländern aneignen und damit lokale Landkonflikte schüren, dann sind internationale Regeln erforderlich, über die die Entwicklungspolitik hinaus.

DER STANDPUNKT:

Etwa jeder vierte Mensch ist von Gewalt und Not bedroht. In Haiti oder dem Kongo hat man keine Chance, seine Lage zu ändern

Foto: Potsdam Institute for Climate Impact Research

**Lust auf Natur?**

Was macht den Reiz der Natur aus? Erfahren Sie im **ZEIT WISSEN Ratgeber**, wie die Natur unseren Körper und unsere Seele stärkt, wie wir sie am besten erleben und wie wir verantwortungsbewusst mit ihr umgehen können.

Dazu im großen Service-Teil: welche Gütesiegel wirklich vertrauenswürdig sind, wie Sie ökologisch korrekt verreisen und wie Sie unverwechselbaren Geschmack erleben.

**Sonderheft Jetzt am Kiosk!**

www.zeit.de/zw-ratgeber

**ZEIT WISSEN RATGEBER**